



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Dienstag, den 22. Juni 1880.

Nr. 286.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den jetzigen so interessanten Kammerberichten, aus den lokalen und provinziellen Begebnissen darbieten, die Schnelligkeit unserer Nachrichten ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Wir werden auch fernerhin für ein spannendes und interessantes Feuilleton sorgen.

Der Preis der zweimal täglich erscheinenden **Stettiner Zeitung** beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur **zwei Mark**, in Stettin in der **Expedition monatlich 50 Pfennige**, mit Bringerlohn 70 Pfg.

Die Redaktion.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

80. Sitzung vom 21. Juni.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Am Ministerische: Kultusminister v. Puttkamer und mehrere Kommissarien.

Nach Bewilligung einiger Urlaubsgesuche theilt der Präsident mit, daß das Präsidium des Hauses gestern die Ehre gehabt, vom Kronprinzen, der Frau Kronprinzessin und vom Prinzen Wilhelm zur Entgegennahme der Glückwünsche des Abgeordnetenhauses anlässlich der Verlobung des Prinzen Wilhelm empfangen zu werden. Er sei beauftragt, dem hohen Hause den Dank der hohen Herrschaften hierfür auszusprechen.

Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend Änderungen der kirchenpolitischen Gesetze.

Die Verhandlung beginnt bei Artikel 4, der von der Kommission gestrichen, nach der Regierungsvorlage folgenden Wortlaut hat:

„Einem Bischof, welcher auf Grund der §§ 24 ff. im Gesetz vom 12. Mai 1873 durch gerichtliches Urtheil aus seinem Amte entlassen worden ist, kann von dem Könige die staatliche Anerkennung als Bischof seiner früheren Diözese wieder erteilt werden.“

Hierzu beantragen Abg. Stengel und Genossen für den Fall der Annahme des Artikels 4:

a) die Worte „von dem Könige“ zu ersetzen durch „von dem Staatsministerium mit königlicher Genehmigung“.

b) am Schlusse zuzufügen: „sobald derselbe die Verpflichtung zur Anzeige in Gemäßheit des Gesetzes anerkannt oder durch Handlungen die Absicht an den Tag gelegt hat, der Anzeigepflicht zu genügen.“

(Es haben sich 6 Redner gegen und 12 Redner für den Artikel 4 zum Wort gemeldet.)

Abg. v. Bennigsen (gegen): Er habe bereits in der Kommission Gelegenheit genommen, zu erklären, daß er und seine Parteigenossen für den Art. 4 nicht stimmen könnten. Heute habe er diese Erklärung Namens der nationalliberalen Partei zu wiederholen. Jeder einzelne seiner Fraktionsgenossen würde gegen den Art. 4 und gegen ein Gesetz stimmen, welches diesen Artikel 4 enthält. Sollte also eine Mehrheit für den Artikel 4 stimmen, so würde nur eines möglich sein: entweder kommt das Gesetz nicht zu Stande oder es kommt zu Stande durch eine Koalition der Rechten mit dem Centrum. Es sei dabei ganz gleichgültig, ob dieses Resultat schließlich durch eine negative oder positive Aktion des Centrums erreicht wird. Ueber den Inhalt des vorliegenden Gesetzes könne man sehr verschiedener Meinung sein, ganz aufgeklärt sei

die Tendenz, welche mit der Einbringung der Vorlage verbunden ist, keineswegs, weder durch die Motive, durch die Verhandlungen in der Kommission, noch durch die Auslassungen des Herrn Kultusministers. Er könne der Meinung sein, daß man den Kampf mit veränderten Mitteln fortsetzen will, oder den bedrängten katholischen Gemeinden im Lande zur Hilfe kommen will; doch sei das nicht festgestellt. Aber eins stehe fest, wenigstens gehe das aus den publizierten Depeschen hervor, daß nämlich dieses Gesetz nicht gehandhabt werden soll, um die politische Stellung des Centrums zu verbessern. Diese Wirkung solle ausgeschlossen sein. Wenn also diese Vorlage aus den Händen des Centrums und der Konservativen angenommen wird, dann beneide er die Mitglieder des Staatsministeriums nicht, welche sich in eine solche Lage gebracht haben. Jedenfalls werden die Konservativen selbst diese Umarmung mit dem Centrum nicht für ganz unbedenklich halten. (Widerspruch.) Die konservative Strömung in unserem Lande könnte sonst leicht an einem Tage verloren gehen. Hätte seine Partei nur Fraktionsinteressen im Auge, dann könnte ihr das nur erwünscht sein; aber es würde verwerflich sein, bei Fragen von so schwer wiegender Bedeutung sich wesentlich von Fraktions- oder Partei-Interessen leiten zu lassen. Diese schwierigen Verhältnisse ließen sich nur regeln im Interesse und zum Wohle des Landes, und zwar so, daß weder Staat noch Kirche ihre Prinzipien opfern — das sei gar nicht möglich, sondern durch Nachgiebigkeit, wodurch allein ein erträglicher Zustand geschaffen werden könne. Dazu gehöre die vollkommene Unbefangenheit, und es sei die Pflicht aller Parteien, von diesem Gesichtspunkte aus die Frage zu regeln. Redner geht sodann näher auf die Gründe ein, weshalb seine Fraktion sich außer Stande sehe, für den Artikel 4 zu stimmen. Ich halte es für ausgeschlossen, wolle man zu friedlichen Zuständen zurückkehren, die Bischöfe zurückberufen, deren Verhalten, wie durch gerichtliches Erkenntnis festgestellt worden, mit der öffentlichen Ordnung unvereinbar gewesen und die deshalb ihres Amtes entsezt worden. Wollte man diese Bischöfe wieder in ihr Amt zurückführen, dann wäre es besser gewesen, die Maßregeln überhaupt nicht zu erlassen (Sehr richtig!), den Kampf mit solchen Mitteln zu beginnen. Er (Redner) behaupte, daß diese Bischöfe gar nicht zur Durchführung eines solchen Friedens geeignet seien. Redner erinnert an das Verhalten des Erzbischofs von Köln, Melchers, und an den Eid, welchen derselbe als Bischof geleistet. Durch diesen Eid habe sich der Bischof verpflichtet, den Gehorsam gegen die Gesetze bei der Bevölkerung seiner Diözese zu befördern. Welchen Eindruck werde nun die Rückberufung dieses Bischofs in der Rheinprovinz machen! Wollte die Regierung den Kampf gegen die römische Hierarchie mit Erfolg durchführen, dann müsse sie die Zustimmung des Volkes auf ihrer Seite haben. Die Zurückberufung der abgesetzten Bischöfe wäre nur ein Triumph der ecclesia militans und der ultramontanen Partei. Wenn die Regierung eine Verständigung anstrebt, dann müsse sie sich an die jungen Elemente und deren Vertreter anschließen, mit welchen eine Uebereinstimmung in größerem Maße herbeigeführt werden kann. Er habe bereits diejenigen Punkte bezeichnet, die ihm als unannehmbar erschienen. Er sei bereit, Konzessionen zu machen, so weit dies irgend möglich ist. Er erblicke keine Gefahr darin, daß rito angefallene Geistliche geistliche Amtshandlungen in benachbarten Gemeinden ausüben, ja es sei gegen sein Gefühl, daß diese für eine solche Amtshandlung bestraft werden. Seine Partei sei also gern bereit, Erleichterungen eintreten zu lassen, sie müsse aber eine Gefahr darin erblicken, wenn die Regierung zurückweicht. Vergnabigungen aller zu Geld- und Freiheitsstrafen verurtheilten Bischöfe und Geistlichen, in ihre früheren Ämter können und dürfen wir sie aber nicht wieder einsetzen. (Lebhafter Beifall.)

Kultusminister v. Puttkamer: Die Erklärung, mit welcher der Vorredner begonnen, hat mich allerdings nicht überrascht, aber ich habe sie mit großem Bedauern vernommen. Ich muß daraus den Schluß ziehen, daß er und seine Freunde schließlich für den Art. 4 nicht zu gewinnen sein werden. Mich enthebt diese Erklärung nicht der Verpflichtung, hier vor Ihnen auf das Nachdrücklichste für die Annahme des Art. 4 zu plädieren. Der Herr Vorredner hat die Gründe ent-

wickelt, weshalb seine Partei nicht für den Art. 4 stimmen kann. Ich komme in allen Punkten zu dem entgegengesetzten Resultat. Ich will zunächst versuchen, den politischen Gedanken, welcher dieser Vorlage zu Grunde liegt, Ihnen vorzuführen. Ich gehe dabei nicht auf die Genesis des Kirchenkonflikts zurück, ich konstatire nur, daß derselbe einen Zustand herbeigeführt hat, der der Abhilfe durch die Gesetzgebung dringend bedarf. Diese Thatsache ist von keiner Seite bestritten worden. Wenn wir von diesem Nothstand auszugehen haben, wenn wir sagen, daß in diesem Augenblick ein modus vivendi nicht zu erreichen ist, dann bleibt nichts anderes übrig, als ein Gesetz zu Stande zu bringen, welches es ermöglicht, das hierarchische Gerüst der katholischen Kirche, welches jetzt in Schutt und Trümmer liegt, wieder aufzurichten und die Härten der bestehenden Gesetze zu mildern. Das ist doch ein klarer politischer Gedanke! Von dem Herrn Vorredner ist eigentlich nur ein Argument hervorgehoben worden. Er hat gesagt, welchen Eindruck wird es machen, wenn die abgesetzten Bischöfe wieder in ihr Amt eingeführt werden. Ich frage: wo sind denn die Thatsachen, auf welche der Herr Vorredner sich stützt? Man spricht von großen Erregungen, die die Rückberufung herbeiführen werde. Sie werden mir glauben, wenn ich Ihnen sage, daß ich dem Gang der öffentlichen Meinung über diese Frage sehr gefolgt bin, und da tritt mir Folgendes entgegen. Öffentliche Manifestationen in diesem Sinne gegen den Art. 4 sind ganz vereinzelt aufgetreten, wohl aber habe ich in einer großen Menge nationalliberaler Blätter gelesen, daß die nationalliberale Partei einen Fehler begangen würde, wollte sie diese Vorlage ablehnen. (Abg. Richter: Von Berlin geschrieben!) Dann mache ich den Herrn mein Compliment für die Selbstständigkeit der nationalliberalen Presse (Heiterkeit). Wenden wir uns doch alle an unsere beste Lehrmeisterin, an die Geschichte. Preußen befindet sich nicht zum ersten Mal in einem solchen Konflikt. Wenn solche scharfe Bestimmungen schon früher Geltung gehabt hätten, was wäre dann aus dem unglücklichen Erzbischof von Duder geworden. Ich zweifle keinen Augenblick, daß, wenn einer oder der andere Kirchenfürst wieder in sein Amt eingeführt werden sollte, dies in den betreffenden Diözesen eine große Freude hervorrufen wird. Ich finde das ebenso natürlich wie christlich; denn man möge auf einem Standpunkt stehen auf welchem man wolle, das werden Sie doch aus den Gefühlen des katholischen Volkes nicht herausbringen können, daß sie diese entsezten Kirchenfürsten nach wie vor als ihre Oberherren anerkennen. Und was die Triumphe anlangt, so können Sie sich auch hier durch eine Berufung auf die Geschichte trösten. Der Erzbischof von Fiume ist auch mit Triumphe in seiner Diözese wieder aufgenommen. Man hatte bei dieser Gelegenheit die Rückkehr des Kirchenfürsten mit Transparenten gefeiert. Und was stand wohl auf diesen Transparenten? „Dankbarkeit dem Könige für die Freilassung des Bischofs!“ „Es lebe Friedrich Wilhelm IV., welcher die Ketten löste, die Thronen trocknete und unsere Religion in Schutz nahm!“ u. s. w. Die Gefahr eines Triumphzuges wird also nicht so groß sein, wenn Sie den Art. 4 annehmen. Der Minister wendet sich sodann zu den vorliegenden Anträgen und erklärt, daß der freikonservative Antrag im Prinzip von der Regierungsvorlage nicht abweicht. Der politische Gedanke, der in diesem Antrage liegt, sei richtig und werde die Regierung von der Annahme oder Ablehnung desselben ihre Entschlüsse nicht abhängig machen. Dem Minister erscheint die gegenwärtige Situation unberechenbar, weshalb sich die Regierung einstweilen noch reservirt verhalten und sich ihre weiteren Entschlüsse vorbehalten müsse. (Beifall rechts.)

Justizminister Dr. Friedberg: Als die Besprechungen wegen Befestigung des kirchlichen Nothstandes und Ausarbeitung eines eventuellen Gesetzes eingeleitet wurden, wurde auch die Frage erörtert, ob es nicht nöthig und nützlich sei, die Möglichkeit zu schaffen, einen oder den anderen der verurtheilten Kirchenfürsten in ihr Amt zurückzuführen. Es lag nahe, daß dies durch den königlichen Gnadenakt geschehe. Nun ist der Theorie nach das Vergnabigungsrecht des Monarchen allerdings ein absolutes, durch keine Schranke gebundenes, und auch sehr viele Schriftsteller vertreten diesen Standpunkt. Es ist nun zwar richtig, daß das Gnadenrecht eines der ersten Souveränitätsrechte

ist, und es unterliegt keinem Zweifel, daß jedwede gegen die Bischöfe ausgesprochene Strafe, sei es eine Geld- oder Gefängnisstrafe, im Wege der Vergnabigung erlassen werden kann. Das preussische Landrecht ist in dieser Beziehung durch die Verfassung in keiner Weise alterirt worden. Aber nach § 24 des Gesetzes vom 12. Mai 1873 hat die Antontlassung die Erledigung der Stelle zur Folge, und hiermit ist dem Vergnabigungsrecht die Frenz gezogen. Der Staat hat dem Bischof kein Amt verliehen, durch einen landesherrlichen Akt kann also auch dem Bischof nicht ein entzogenes Amt wieder verliehen werden, der König kann den durch richterliches Erkenntnis entsezten Bischof nicht wieder in sein Amt einsetzen, wenn er nicht besonders dazu autorisirt ist. Es ist daher nöthig, durch das Gesetz diese Autorisation zu schaffen, und zu diesem Behufe ist der Art. 4 konzipirt worden. — Aus der preussischen Staatspraxis will ich nur noch das anführen, daß es immer so gewesen ist, daß das durch ein Urtheil aberkannte Amt durch den Vergnabigungsakt nicht wieder verliehen werden konnte. Es war dazu jedes Mal ein besonderer zweiter Akt des Monarchen erforderlich.

Abg. Graf Limburg-Sturum: Wenn die Herren uns auf dem von uns vorgeschlagenen Wege folgen wollen, so werden sie zu dem so dringend ersuchten Frieden wesentlich beitragen. In den Kreisen, die gerade mit gemischter, katholischer und protestantischer Bevölkerung besetzt sind, wird die Angelegenheit des Kulturkampfes am schärfsten verfocht. Die Grundlagen der Maßregelgebung müssen wir als feststehend beibehalten trachten, wohl aber sind wir für eine Modifikation dieser Gesetze. Hier mit sehr viel Geduld und einem großen Vertrauen in die regierende Verwaltung können wir einen Frieden herbeiführen. Ich muß es bedauern, daß die nationalliberale Partei einen so schroffen Widerstand den §§ 4 und 5 entgegensetzt. Ebenso wenig, wie mir der Abg. von Bennigsen beweisen kann, daß die Zurückberufung eines Bischofs die Autorität des Staates schädigen wird, ebenso wenig kann ich ja beweisen, daß dies nicht der Fall sein wird. Man muß eben den Verhältnissen Vertrauen entgegenbringen. Ich habe natürlich voraus, daß der zurückberufende Bischof entschiedene Garantien bietet, daß er sich nunmehr auf den Boden der bestehenden Gesetze stellen wolle. Auf diese Garantien lege ich einen großen Werth. Es ist gesagt worden, daß die Verhandlungen mit Rom abgebrochen seien und daß man fortan nichts mehr mit Rom zu thun habe; meine Herren, ich glaube nicht, daß das richtig ist, ich glaube, daß wir zu einem Frieden nur unter Mitwirkung der Kurie kommen können. Wir haben durch die Entsezung eines Bischofs einen Eingriff in die kanonischen Rechte gethan, und es muß naturgemäß der Kurie schwer fallen, sich ohne Weiteres auf den Standpunkt der Landesgesetze zu stellen. Ich sehe in der Haltung der nationalliberalen Partei zu meinem Bedauern ein Hinderniß zur Herbeiführung des Friedens. Aber ich meine, daß trotz dieser schroffen Stellung der Partei die gegenwärtigen Verhandlungen viel dazu beitragen werden, eine Klärung in die kirchliche Gesetzgebung zu bringen. Ich bitte Sie, meine Herren, nehmen Sie den Art. 4 mit dem Amendement der freikonservativen Partei an.

Abg. Dr. Oneltz erklärt es für sehr möglich und schwer, zuverlässige Garantien von der Kurie zu erlangen, da Rom sich nie unbedingt den Staatsgesetzen unterwerfen könne. Das hiesse Unmögliches von den Bischöfen verlangen. Aus demselben Grunde seien für den Redner auch die freikonservativen Amendements unannehmbar. Der Staat würde sich mit diesem Art. 4 in die aller schlimmste, in ihren Konsequenzen völlig unlogische Situation bringen, seine Souveränität um ein Einsengericht an Rom verkaufen. Der Unerfüllbarkeit der römischen Grundsätze gegenüber könne sich der Staat nur durch die gleiche Unerfüllbarkeit seiner Gesetze und die moralische Macht seiner Richterprüge schützen. Durch Verlesung zahlreicher Belegstellen aus der Encyclica und anderen Aktenstücken der Kurie sucht der übrige auch heute nur sehr mangelhaft zu verstehende Redner die Nichtigkeit dieser Thesen zu erhärten.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (Mühlhausen): Ich muß mich Namens meiner politischen Freunde zunächst gegen den Antrag Brühl erklären, und zwar aus den vom Herrn Justizminister angeführten

Gründen. Auch halte ich nichts für bedenklicher, als die Person des obersten Landesherrn hineinzu-
ziehen. Um dies zu vermeiden, haben wir geglaubt,
dass es angezeigt ist, in einem solchen Ausnahmefalle
das Staatsministerium vorn in die Bescheide
zu stellen, damit es die Verantwortung für die
Dinge auch faktisch zu tragen in der Lage sei.
Was den Artikel 4 selbst betrifft, so muß ich mich
in Widerspruch zu dem Herrn Kultusminister setzen,
indem ich der Ansicht bin — ich habe sehr häufig
Gelegenheit gehabt, in dieser Beziehung Erfahrungen
zu sammeln, — daß in der That eine mächtige
und tiefe Erregung in weiten Kreisen der Bevölkerung
über den Artikel 4 Platz gegriffen hat, und
zwar nicht zum Mindesten in protestantischen und
konservativen Kreisen (Abg. v. Ludwig: Heraus
damit! Gelächter). Sie haben jetzt nicht das
Wort, Herr v. Ludwig! Der Eindruck des Ar-
tikels 4 bestand einerseits darin, daß er nur ein
Schuldgeständnis des Staates an die Kirche sei.
Die tiefe Erregung der Bevölkerung ist völlig er-
klärlich, um so mehr, wenn man bedenkt, daß
Bischöfe, die sich gegen die Staatsgesetze vergangen,
deren Verbleiben mit der staatlichen Ordnung nicht
mehr verträglich und die deshalb entfernt worden,
in ihre alten Ämter wieder eingesetzt werden sollen.
Darin liegt der Unterschied zwischen der Amnestierung
politischer Revolutionäre und dem gegenwärtigen Fall.
Solches Verfahren muß einen tief verletzenden
Eindruck auf das gerade in Preußen so hoch
entwickelte Rechtsbewusstsein machen. Auch bei mei-
ner Partei, bei welcher das Staatsbewusstsein viel-
leicht gerade deshalb stärker entwickelt ist, weil es
sich nicht einseitig gegen die Kirche entwickelte, son-
dern sich auf alle Theile des öffentlichen Lebens er-
streckte, hat Artikel 4 einen sehr peinlichen Eindruck
gemacht. Ich will es hier nicht verhehlen, daß,
wenn wir diesem ersten Eindruck folgen wollten,
kaum Einer oder der Andere aus unserer Mitte
sich für diesen Artikel erhoben haben würde, aber
Herr v. Bennigsen hat bereits hervorgehoben, daß
bei Fragen von so ungemeiner prinzipieller Wich-
tigkeit es sich nicht genügt, nach dem augenblick-
lichen Eindruck zu entscheiden, bei der Mehrzahl
meiner Freunde hat eine nochmalige ruhige Erwä-
gung Platz gegriffen, welche zu der Stellung un-
seres Antrages geführt hat, eine Anzahl derselben
ist indessen auch jetzt noch der Meinung, daß dem
ersten Eindruck zu folgen sei, und ich fürchte sehr,
durch die Ausführungen von jener Seite ist die
Zahl derselben stark vermehrt worden. Untersuchungen
nach nun den Grundgedanken dieses Gesetzes: Der
Abgeordnete von Bennigsen hat eine völlige Klar-
heit darüber vermisset, in wie fern der Artikel 4 die
Bedeutung habe, der Regierung die Erreichung ihrer
Zwecke zu ermöglichen. Mit dem Herrn Kultus-
minister stimme ich darin überein: Der Zweck ist
nach der einen Richtung hin, unseren katholischen
Mitbürgern die Möglichkeit einer geordneten Seel-
sorge zu gewähren und damit jene ersten Bedräng-
nisse zu beseitigen; aber dieser Zweck soll und kann
— und dies ist der zweite Gedanke der Vorlage
— nur erreicht werden, wenn vorhergegangen ist
die Anerkennung der Angelegenheit, das Nachgeben
von Seiten der Kurie. Alle diejenigen Bestimmungen,
welche bezwecken, daß die Seelsorge wieder
hergestellt wird, sind also nach der einen Richtung
hin Zwecke, nach der anderen nur Mittel. Und
der Zweck kann nur erreicht werden, nachdem ein
Nachgeben von Seiten der Kurie erfolgt ist. In
der Richtung, eine Nachgiebigkeit der Kurie gegen-
über der prinzipiellen Ordnung des Staates zu er-
reichen, ist der Art. 4 von großer Wichtigkeit. Um
den kirchlichen Frieden wiederherzustellen, erscheint
allerdings die Möglichkeit einer Zurückberufung als
das einzige Mittel, zumal die Kurie selbst großen
Werth darauf legt.

Abg. Prof. Virchow: Er werde so wenig
der Regierungsvorlage als dem Antrage der Frei-
konservativen zustimmen; dieser letztere wolle die An-
zeigepflicht mildern, womit man nicht sehr weit kom-
men werde. Es sei sehr bedenklich, in kurzer Zeit
noch einmal Versuche zu machen, die vorher zurück-
gewiesen sind. Die katholische Kirche sei zu allen
Zeiten dieselbe gewesen. Die Vorstellungen, welche
die Herren Strosfer und Stöder von der katholi-
schen Kirche haben, seien wohlwollende Betrach-
tungen, welche in der Wirklichkeit ohne Fundament
sind; man müßte denn die Absicht haben, mit Sach
und Red zur katholischen Kirche überzugehen. Er
und seine politischen Freunde seien außer Stande,
diejenige Kirche als für und maßgebend anzuer-
kennen, welche die Prinzipien der Intoleranz pre-
dige. Er glaube, man könne noch eine Zeit lang
warten, ehe man sich über ein System verständige,
welches an die Stelle desjenigen treten kann, das
wir jetzt vor uns haben. Einfach zurückzukehren zu
demjenigen System, welches dem Staat als ein so
feindliches entgegengetreten ist, halte er für unmög-
lich. Er sei immer der Meinung gewesen, daß man
auch und berechtigten Gesetzen gegenüber sich unter-
werfen müsse, so lange dieselben Gesetze seien. Re-
dner bittet zum Schluss, daß die Regierung aus
ihrer reservierten Stellung heraustrete, und ihre de-
finitiven Entschlüsse trifft. Es sei notwendig,
eine bestimmte Position zu den vorliegenden Anträgen
anzunehmen, um Klarheit in die Sache zu bringen.
(Beifall links.)

Abg. Dr. Windthorst: Die sehr bezeich-
nenden Erklärungen des Herrn v. Bennigsen und
die in Folge dieser Erklärungen von dem Herrn
Kultusminister eingenommene reservierte Stellung zu
den vorliegenden Anträgen veranlassen ihn, in dem
gegenwärtigen Stadium ebenfalls eine Reservation
einzunehmen, nämlich die: daß alle Abstimmungen,
die er und seine Freunde gemacht haben und noch
machen werden, rein eventuelle sind. Alle diese Ab-
stimmungen seien bloß interimsische Zwischenfälle

und entschieden an sich nichts. Und wenn hier
und da jetzt etwas in dieser interimsischen Ab-
stimmung acceptirt werden sollte, was er und seine
Freunde für absolut unzulässig halten, so sei das
nur die Rückanwendung von dem, was er neulich
von Herrn Richter gelernt habe. (Gelächter.)
Wenn die Sache nicht so ernst wäre, dann würde
er zu seinen Freunden sagen: „Hier ist kein Blei-
ben mehr für uns!“ Die Abgg. Sneyd und Vir-
chow hätten es für gut gefunden, sogar an die
Leidenschaft des Volkes zu appelliren. Es sei
schwer, festzustellen, was öffentliche Meinung ist,
deshalb suche man auf diese von hier aus einzu-
wirken. Man werfe der katholischen Kirche In-
toleranz vor. Ja, sie ist intolerant, weil sie glaubt,
im Besitze der Wahrheit zu sein, und Jeder, der
im Besitze der Wahrheit zu sein glaubt, sucht die-
selbe geltend zu machen. Die katholische Kirche
verlangt nichts weiter als eine freie Bewegung.
Die Meinungen der Kirchen sind verschieden und
können nur auf dem Wege der Wissenschaft gelöst
werden, und es ist deshalb in der That wunderbar,
daß gerade die Herren Professoren es sind, welche
dieser freien Bewegung der Kirche entgegenstehen.
Aber auf der Schule steht eben das Gift! (Weiter-
lekt.) Redner wendet sich hierauf gegen die Aus-
führungen des Justizministers. Das Begnadig-
ungsrecht sei der Ausdruck der staatlichen Macht-
vollkommenheit, die Strafen und die Folge dersel-
ben voll und ganz zu tilgen. Die Beschränkungen,
auf welche der Herr Minister in der Verfassung
hingewiesen, seien nicht positives Recht. Das Recht
des Monarchen dürfe nicht beschränkt werden. Er
würde deshalb sagen, wenn der Art. 4 verworfen
würde, so sei der Monarch durchaus nicht behindert,
die Begnadigung eintreten zu lassen. Die Angriffe gegen
Lebichowski und Melchers hätten weiter keinen Zweck,
als die freie Entschliessung des Königs zu beschränken
eine öffentliche Meinung im Lande gegen die Be-
gnadigung künstlich zu erzeugen, und der Antrag,
der daran geknüpft ist, lege der Krone nur Fesseln
an. Er sei der katholischen Kirche und allen ho-
nen Protestanten schuldig, ihnen öffentlich zu er-
klären, daß diese Invektiven durchaus nicht begrün-
det sind. Für ihn und seine Freunde seien diese
Bischöfe würdige Zeugen für die Wahrheit, die sie
bekannt haben, sie seien die modernen Märtyrer in
dem Kampfe gegen den Unglauben und gegen die
moderne Wissenschaft. Die Erkenntnisse, auf die
man sich beruft, seien Produkte aus dem heißen
Kampfe des Kulturkampfes. Der Friede könne
keinen besseren Ausdruck finden, als wenn der Kö-
nig am 5. September in Gegenwart Sr.
Majestät des Kaisers und des Erzbischofs Melchers
eingeweiht würde. Ohne diesen Artikel 4 oder ohne
das Ziel desselben sei jeder Versuch zu einem Friede
absolut vergeblich und das ganze Gesetz sei
dann bedeutungslos. Redner wiederholt, daß er
an den Ernst des Fürsten Bismarck zur Herstellung
des Friedens nicht glaube, wenigstens so lange nicht,
als es demselben nicht gelungen ist, der freikonservativen
Partei zu kündigen. (Gelächter.) Er er-
klärt sich sodann nochmals entschieden gegen die
von den Freikonservativen beantragte Klausel, die
sowohl antimonarchisch als antiliberal sei. Diese
Klausel werde für ihn bei der Schlussabstimmung
maßgebend sein, heute werde er für das große Prin-
zip der Rückberufung der Bischöfe stimmen. (Bei-
fall im Centrum.)

Die Diskussion wird geschlossen und zunächst
ein Abänderungsantrag des Abg. Brühl abge-
lehnt.

Die eventuelle Abstimmung über den Antrag
Stengel ergibt eine Majorität für denselben
(es stimmen die beiden konservativen Fraktionen, die
Fortschrittspartei und die Nationalliberalen für den-
selben); ebenso wird Art. 4 mit dem Amendement
Stengel in namentlicher Abstimmung mit 250 ge-
gen 150 Stimmen angenommen. (Abg. Schellwig
enthält sich der Abstimmung.)

Dagegen stimmen die Nationalliberalen, die
Fortschrittspartei, die Minister v. Büttlamer, Bitter
und Graf Eulenburg, sowie die konservativen Abg.
Schreiber und v. Meyer (Arnswalde); für den so
amendierten Art. 4 stimmen die beiden konservativen
Gruppen, das Centrum und die Polen.)

Die Sitzung wird sodann vertagt.

Schluss 5 1/2 Uhr.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Be-
rathung.

Deutschland.

Verlin, 21. Juni. Von Seiten Olden-
burgs sind beim Bundesrath zwei Anträge gestellt
worden: erstens bezüglich der für die Statistik des
Baarenverkehrs bestehenden Anmeldepflichtung, die
für den Verkehr mit den Freisprengelgebieten von
Hamburg-Altona und Bremen zu beschließenden Er-
leichterungen auch für den Verkehr mit dem Frei-
hafen Brake beschließen zu wollen; zweitens zu be-
schließen, daß gemischte Transilager von Getreide
für das Herzogthum Oldenburg in den Weserorten
Elsfleth und Norderhausen gestattet werden dürfen.

Provinzielles.

Stettin, 22. Juni. Heute Morgen gegen 4
Uhr entstand an der Königsthor-Passage ein großer
Lärm, der Revierwächter eilte dazu und sah meh-
rere Menschen, welche in brutaler Weise auf eine
am Boden liegende Person einhieben. Als diesel-
ben die Wächter erblickten, entflohen sie, doch ge-
lang es, zwei derselben, den Kellner Max Neu-
mann und den Schlosser August Biedert, festzu-
nehmen und zur Haft zu bringen. Der Mißhan-
delte, ein Steuermann Janßen, hat mehrere Kopf-
wunden erhalten, in Folge deren er auf der Wache
in eine längere Ohnmacht fiel.

In der Zeit vom 13. bis 19. Juni sind
hierseits 28 männliche, 18 weibliche, in Summa
46 Personen politisch als verstorben gemeldet,
darunter 25 Kinder unter 5 und 8 Personen über
50 Jahre.

Am Sonntag Vormittag badete der Ar-
beiter Etzelberg aus Gütow in dem Schiffs-
fahrtsgraben der chemischen Produkten-Fabrik in
Bommerensdorf, als er plötzlich von Krämpfen be-
fallen wurde und ertrank, ehe ihm Hilfe gebracht
werden konnte.

Als der Sonnabend Mittag von Stral-
sund abgelassene Personenzug der Berlin-Stettiner
Bahn zwischen Mißow und Greifswald dem letzten
Wärterhause zuellte, sprang plötzlich aus einer Heide,
wo er sich so lange versteckt gehalten hatte, ein
Mensch hervor und stellte sich kurz vor dem heran-
brausenden Zuge auf die Schienen. Die Noth-
pfeife ertönte und der Zug hielt bald genug. Aber
der ganze Zug war doch schon über den Lebens-
müden hinweggegangen, der als Leiche aufgefunden
wurde. Es sind ihm beide Beine abgefahren, sein
Tod wird aber wohl schon durch den gewaltigen
Stoß der Lokomotive erfolgt sein.

Der Verunglückte soll der Student der Philo-
logie Martin Richter aus Greifswald sein, der
hierseits Domstraße 2 wohnte und der schon seit
8 Tagen Angelegen von Tiesfahn gezeigt; er hatte
sich gestern früh aus seiner Wohnung entfernt. Er
ist der Sohn eines Ackerwirths aus Drenow in der
Provinz Brandenburg.

Holt Jemand im Einverständnis mit Wild-
dieben das unrechtmäßig erlegte Wild vom Orte
der That ab und bringt er es in Gemeinschaft mit
den Wilddieben in Sicherheit, so ist er, nach einem
Erkenntnis des Reichsgerichts, 11. Strafenatz, vom
13. April d. J., nicht nur als Begünstiger, son-
dern als Theilnehmer an dem Jagdvergehen zu be-
strafen.

Die Abtheilung der kirchlichen Alterthümer
des Provinzial-Museums ist, wie die „Straßb. Ztg.“
mittheilt, soeben um ein interessantes Stück ver-
mehrt worden. Der Bautechniker Herr Scholz be-
merkte vor einiger Zeit unter zurückgelegten Bau-
stätten im Heiliggeistkloster ein aus Stein gear-
beitetes Becken, setzte den Vorstand des Museums
von diesem Funde in Kenntniß, und das Provinz-
rat des Klosters genehmigte bereitwillig die Ueber-
führung desselben ins Museum. Das Becken, aus
schwedischem Kalkstein bestehend, war, nach seiner
Größe zu schließen (es hat im Lichten einen Durch-
messer von 60 und eine Tiefe von 25 cm.) ur-
sprünglich zu einem Taufsteine bestimmt; die Tau-
fen des Mittelalters erforderten einen größeren Um-
fang als gegenwärtig, da der Taufact damals in
dem Untertauchen des ganzen Körpers, nicht wie
jetzt in dem Benetzen des Kopfes bestand. In
der Klosterkirche zum Heiligen Geist aber, wo keine
Tausen vorgekommen sein werden, wird das Becken
als Weihwasserstein benutzt worden sein, in gleicher
Weise, wie dies auch mit dem in der St. Nicolai-
Kirche an dem nordwestlichen Pfeiler befindlichen
Steinbecken der Fall gewesen sein dürfte, dessen ur-
sprüngliche Bestimmung sicherlich auch die eines
Taufsteines war. Das Becken, achteckig, auf jeder
Seite in einem von Strickwindungen gebildeten
Rundbogen einen stilisirten Löwen in flachem Relief
zeigend, die Ecken mit stilisirten Blumen ornament-
tirt, weist in Auffassung und Stylisirung der Dar-
stellungen entschieden auf nordische Arbeit hin und
ist ohne Zweifel in Schweden gearbeitet. Könnte
es nach der Stylisirung der Reliefs sehr wohl dem
12. Jahrhundert angehören, so wird es doch wahr-
scheinlich, da die ältesten nordischen Taufsteine rund
oder viereckig sind, um seiner polygonen Form
willen dem Ende des 13. oder 14. Jahrh. zu-
gewiesen werden müssen.

Der Kultusminister hat neuerdings ein
Reskript an die Bezirks-Regierungen erlassen, in
welchem er sich über zu große Dimensionen der
Klassenräume mißbilligend äußert. Es heißt darin
u. A.: Abmessungen von 10,36 Meter Länge und
7,22 Meter Breite, welche einen Flächenraum der
Schulzimmer von 74,80 Quadratmeter ergeben,
greifen zu weit über den Umfang eines zweckmäßi-
gen Klassenzimmers hinaus, dessen Aufgabe darin
besteht, einer Schülerzahl bis zu 80 hinreichenden
Raum zu gewähren. Hierfür genügen aber min-
destens 48 bis 60 Quadratmeter, und über 80
Schüler soll eine Klasse in der Regel nicht fassen.
Eine volle Ausnutzung des größeren Raumes würde
auch schon die über das zweckmäßige Maximum von
9 Metern hinausgehende Länge der Schulsäle ver-
bieten, da erfahrungsgemäß über dieses Maß hin-
aus ein mittelgutes Auge schon nicht mehr im
Stande ist, kleinere Gegenstände, etwa Schriftzeichen
u. s. w., sicher zu erkennen.

Bermischtes.

Die Berliner Fischerei-Ausstellung hatte
auch eine Gesellschaft von fünf gerade auf der Reise
befindlichen amerikanischen Damen, welche auch von
einigen älteren Kammerjungfern begleitet war, hier-
her geführt. Die Damen, welche stets gemeinsam
ihre Ausflüge machten, interessirten sich beson-
ders für die wissenschaftliche Abtheilung. Die Ausstel-
lung der deutschen Seewarte zu Hamburg, deren
eiserne Wetterkasten täglich während der Dauer der
Ausstellung die Wetterberichte für die Ostseeflächen
und die Wetterkarte der Seewarte bringt, war ein
Punkt, welcher das junge Amazonen-Korps beson-
ders interessirte. Sie disputirten darüber in dem
schattigen Konzert-Garten, ohne sich über das Thema
klar zu sein. Ein bereits in höherem Semester be-
findlicher Student der Naturwissenschaften, der zu-
fälligerweise an einem Nebentische saß, füllte das Ver-
ständnis, sich den jungen Damen als Lehrer zu prä-
sentiren, und erklärte den jungen Damen mit wis-

senchaftlichem Ernst das Wesen eiserner Wetter-
kästen mit Aneroid-Barometer und Thermometer für
Signalstellen erster Klasse. Die Damen hörten dem
interessanten Vortrage des jungen, schönen und ele-
gantesten Mannes aufmerksam zu und am Schlusse
der Konversation bat eine junge 17jährige Dame
um die Karte des Studiosus. Dieselbe wurde höf-
lich überreicht. Wie erkannt war der Jüngling,
als er am anderen Tage einen Heirathsantrag von
der jungen, lebenswürdigen Schönen erhielt, welche
sich schriftlich als die einzige Tochter des zweifachen
Millionärs B. in Newyork vorstellte. Eine An-
frage durch den Kabel-Telegraphen wurde vom Papa
bejahend beantwortet, und wird die Hochzeit, nach-
dem der Amerikaner hier eingetroffen sein wird, auch
bald gefeiert werden.

Literarisches.

Birnbaum, Wichtige Tagesfragen. Berlin,
Theodor Hofmann. Der Verfasser, Professor an
der Universität zu Leipzig, bietet uns Vorlesungen
über die Parteibestrebungen auf dem Gebiete der
Wirtschaftspolitik, über Freihandel und Schutz Zoll,
Sozialismus und Wirtschafts-Reformen, kurz über
alle mehr oder minder wichtigen Parteien der Ge-
genwart auf dem Gebiete der Wirtschafts-Politik.
Das Urtheil in dem Buche ist überall höchst be-
sonnen, die Darstellung anregend und lehrreich;
das Buch kann daher allen, die sich belehren wollen,
warm empfohlen werden. [95]

Viehmarkt.

Berlin, 21. Juni. Es fanden zum Ver-
kauf: 2187 Rinder, 4473 Schweine, 1567 Kälber,
26,351 Hammel.

Der Rindviehhandel war, trotzdem der Markt
beinahe geräumt wurde, im Ganzen ein recht lang-
samer. Nur ganz feine nicht zu schwere Ochsen
wurden ziemlich schnell abgenommen und durch-
schnittlich mit 2 Mark (60—62) höher bezahlt,
während feine Kühe und Bullen nur zum vorwör-
thlichen Preise (58—60) Abnehmer fanden.
Was die übrigen Qualitäten anbetrifft, so wurde
bezahlt für Prima 52—54, für Sekunda 48—49
und für Tertia 40—43 Mark pro 100 Pfund
Schlachtwiege.

Das Geschäft in Schweinen war ein etwas
lebhafteres als in der Vorwoche, ohne daß indessen
höhere Preise bewilligt wurden. Es wurden auch
heute angelegt für beste Medlenburger 58—60,
für schwere gute Landschweine 55—57, für leichtere
englische Rasse 54—55 und für Russen 50
bis 52 Mark pro 100 Pfund Schlachtwiege bei
einer Tara von 20 Prozent. Bakunen wurden
nicht unter 60 Mark bei 45—50 Pfund Tara ab-
gegeben.

Kälber wurden nur sehr langsam zu gedrük-
ten Preisen untergebracht. Es wurde bezahlt für
beste Waare 50, für geringere 35—45 Pf. pro 1
Pfund Schlachtwiege.

Der Hammel-Austrieb bestand zu einem Drit-
tel aus fetter, zu zwei Dritteln aus miltlerer und
magerer Waare. Das Geschäft in ersterer war,
da zum Export nur sehr wenig gekauft wurde, der
lokale Bedarf aber auch nur ein geringer, sehr
langsam und flau. Bezahlt wurde feinste Waare
mit 50, weniger gute mit 40—45 Pf. pro 1
Pfund Schlachtwiege. — Der Handel in lehterer
(Weiden) verlief, da Käufer fehlten, ganz schlecht,
so daß der Markt bei Weitem nicht geräumt
wurde.

Telegraphische Depeschen.

Breslau, 21. Juni. Nach amtlicher Fest-
stellung des Landraths des Kreises Lauban sind bei
der Ueberschwemmung 51 Personen um's Leben ge-
kommen und 105 Wohnhäuser eingestürzt.

Pest, 21. Juni. Die Session des Reichs-
tages wurde heute geschlossen, der Beginn der näch-
sten Session ist auf den 25. September d. J. fest-
gesetzt.

Paris, 21. Juni. In den Bureaux der De-
putirtenkammer erklärte der Polizeipräsident Andrieux,
wenn die Amnestie gewährt sei, so müßte die Re-
gierung, unterstützt von den Kammern und dem
Land, entschlossen gegen die Partei der Kommune
vorgehen. Die Regierung gewähre die Amnestie
nicht für, sondern gegen die Mitglieder der Kom-
mune.

Madrid, 21. Juni. Dem Vernehmen nach
hat der Ministerpräsident Canovas von dem Ver-
treter Maroffos einige Zugeständnisse erhalten. Le-
ztere hätte die Aufrechterhaltung des Status quo in
der Frage wegen der Handelsagenten acceptirt.

Petersburg, 21. Juni. Der kaiserlichen Be-
rathung unterbreitete das Ministerium einen Plan,
betreffend eine vorläufige Einführung des Reprä-
sentativsystems. Es soll zum Zwecke eines Ver-
suches mit allgemeinen Wahlen und parlamentari-
scher Regierung in Rußland zunächst eine Art
Agrarkammer einberufen werden, die bloß in Bezug
auf Landwirtschaft und Verwaltung des flachen
Landes kompetent sein soll. Die Gegner des Re-
präsentativsystems befürchten noch das Projekt und
haben für das Parlament, das sich ja viel mit
Dünge- und Viehzucht-Interessen beschäftigen soll,
eigenthümliche russisch-berbe Schmeichelnamen.

Petersburg, 21. Juni. Am 25. d. Mts.
werden vor dem hiesigen Militärgerichtshofe die
Verhandlungen in dem Prozeß Abnowsky beginnen.
Bei Revision der Akten betriebs inhaftirter politi-
scher Verbrecher hat Graf Boris Melikoff gefunden,
daß die meisten der 193 Angeklagten in den Jah-
ren 1872 bis 1873 verhaftet worden sind und
sich seit dieser Zeit ohne Verurtheilung in Gefan-
genschaft befinden. Man glaubt, daß viele der An-
geklagten als schuldlos sofort werden in Freiheit
geseht werden.